

V3 Attraktives kommunalpolitisches Ehrenamt – ein Aufbruch für mehr Vereinbarkeit und Wertschätzung

Gremium: Grüne und Alternative in den Räten (GAR BW)
Beschlussdatum: 14.09.2023
Tagesordnungspunkt: V Sonstige Anträge und Resolutionen

1 Die kommunale Ebene ist zentral wichtig für unsere Demokratie. Ausgestattet mit
2 den besten Vertrauenswerten aller politischen Ebenen, gestalten ehrenamtliche
3 Gemeinderät*innen, Kreisrät*innen und Regionalrät*innen ganz konkret unser
4 nächstes Umfeld. Dafür gilt Ihnen unser aller Respekt und Unterstützung.

5 Dementsprechend wollen wir das kommunalpolitische Mandat für die Ehrenamtlichen
6 attraktiver gestalten. Unsere Gesellschaft, unsere Art zu arbeiten und zu leben
7 und auch die Art und Weise, wie das Ehrenamt gelebt wird, hat sich in den
8 letzten Jahrzehnten deutlich verändert.

9 Es wird also Zeit für einen Aufbruch, um den neuen Bedürfnissen
10 entgegenzukommen, mehr Menschen für Kommunalpolitik zu begeistern, die
11 Wahrnehmung des kommunalpolitischen Mandats und vor allem dessen Vereinbarkeit
12 mit dem privaten und beruflichen Leben zu erleichtern. So können wir auch die
13 Vielfalt in unseren kommunalen Gremien in ganz Baden-Württemberg und allen
14 Kommunen, und seien sie noch so unterschiedlich, verbessern.

15 Diese weisen statistisch gesehen einen Mangel an Vielfalt auf. Beispielsweise
16 sind nur knapp mehr als ein Viertel der Ratsmitglieder weiblich. Doch dies ist
17 nicht die einzige Gruppe, die nicht ausreichend repräsentiert ist.
18 Beispielsweise auch Eltern kleinerer Kinder, Menschen mit Behinderungen oder
19 deren Angehörige, Menschen mit Migrationshintergrund oder Menschen unter 40
20 Jahren finden sich seltener im Gemeinderat. Mit der Reform des
21 Kommunalwahlrechts sind wir in Baden-Württemberg absolute Vorreiter in ganz
22 Deutschland und ermöglichen zukünftig die Kandidatur für alle Wahlberechtigten
23 ab 16 Jahren. Das ist eine große Chance für die Verjüngung der Räte, die wir nun
24 mit Leben füllen müssen.

25 In unseren Parteistrukturen unterstützen wir Grüne die Vielfalt in den Räten
26 unter anderem durch das Vielfaltsprogramm und Maßnahmen der Frauenförderung.

27 Es braucht aber auch strukturelle Veränderungen für die Kommunen, um noch mehr
28 Menschen für Kommunalpolitik zu begeistern.

29 Die Zukunft ist digital – hybride Ratssitzungen und Livestreams

30 Während der Corona-Pandemie haben die Kommunen erneut ihre
31 Problemlösungsfähigkeit unter Beweis gestellt und haben zügig Möglichkeiten für
32 digitale Gremiensitzungen geschaffen. Die Möglichkeit, Sitzungen hybrid zu
33 gestalten, ermöglicht sowohl private als auch berufliche Flexibilität.

34 Wir sollten aus diesen Möglichkeiten lernen und sie weiter ausbauen. Die
35 technischen Systeme sind vor Ort mehrheitlich schon da. Jetzt gilt es, hybride
36 Sitzungen rechtssicher zu gestalten. Hier hat das Land Lösungen für den
37 rechtlichen Rahmen und die Rechtssicherheit zu erarbeiten.

38 Ebenso hat das Land die im Koalitionsvertrag vereinbarte Rechtssicherheit für
39 die Online-Übertragung von Gemeinderatssitzungen zu konkretisieren und die
40 Kommunen bei Fragen hierzu zu unterstützen.

41 Im Grundsatz halten wir die Präsenz für die erstrebenswerte Form, in der
42 mehrheitlich der Sitzungsdienst geleistet werden sollte.

43 **Weniger ist mehr: Für eine Begrenzung der Sitzungszeit und** 44 **Redezeitbeschränkungen**

45 Wir setzen uns vor Ort dafür ein, dass mit der Sitzungszeit verantwortungsvoll
46 umgegangen wird. Wir ermutigen dazu, in jeder Kommune vor Ort Begrenzungen der
47 Sitzungszeit festzulegen. Nach 21 Uhr sollten daher nur mit Einstimmigkeit des
48 Rates neue Tagesordnungspunkte festgelegt werden dürfen.

49 Weiter sprechen wir uns vor Ort und auf die jeweilige Kultur im Rat angepasst
50 für die Beschränkung der Redezeit, bei Wortbeiträgen sowie bei Haushaltsreden
51 aus.

52 **Kommunalpolitisches Ehrenamt und Vereinbarkeit mit Care-Arbeit**

53 Viele Interessierte sehen angesichts familiärer Verpflichtungen von der
54 Kandidatur für ein kommunales Mandat ab. Damit geht sehr viel Expertise für
55 unsere Gremien verloren. Bezüglich des Ausgleiches von Care-Arbeit, meist
56 Babysitting, gibt es in den einzelnen Kommunen sehr unterschiedliche
57 Handhabungen. Wir sind der Überzeugung, dass der beste Weg die Festlegung von
58 Pauschalen in der Entschädigungssatzung sind und unterstützen unsere
59 Kommunalpolitikerinnen, diese vor Ort dementsprechend zu ändern.

60 Dabei ist es uns wichtig, dass der gesamte Care-Bereich abgedeckt ist – also
61 nicht nur die Kinderbetreuung, sondern auch die Betreuung zu pflegender
62 Angehöriger.

63 **Kommunalpolitisches Ehrenamt und die Anwesenheit – Ein einfacher Tausch**

64 Im Idealfall finden Sitzungen in Präsenz und vor Ort statt. Dies ist aber nicht
65 immer möglich. Insbesondere in Zeiten, in denen das Ehrenamt wegen Krankheit
66 oder beruflichen Verpflichtungen dauerhaft nicht in Präsenz stattfinden kann,
67 bedarf es einer neuen Lösung. Wir setzen uns für einen Prüfauftrag folgenden
68 Modells ein: Kann eine Rätin /ein Rat absehbar für mehrere Monate nicht in
69 Präsenz an den Sitzungen teilnehmen, kann sie/er für einen begrenzten Zeitraum
70 von einem halben Jahr ihr Mandat an die/den jeweilige*n Nachrücker*in abgeben.
71 Kehrt die Rätin/ der Rat zurück, gibt die/der Nachrücker*in das Mandat wieder
72 ab.

73 **Attraktivität des Fraktionsvorsitz**

74 Die Arbeit als Fraktionsvorsitzende*r ist oftmals noch zeitaufwändiger und
75 intensiver. Neben den Zulagen ist es uns wichtig, Fraktionsvorsitzende
76 insbesondere bei organisatorischen Aufgaben zu unterstützen. Aufgaben wie die
77 Terminkoordination, Raumsuche oder schlicht das Verwalten und Verteilen von
78 Mails und Post sollen zukünftig in Kommunen ab 50 000 Einwohnenden den Anspruch
79 auf eine Geschäftsstelle haben. Diese ist direkt bei der Kommune angestellt. Der
80 Umfang dieser Stelle soll vor Ort per Gemeinderatsbeschluss festgelegt werden.

81 **Kommunikation und Berichterstattung stärken**

82 Mit großer Sorge sehen wir die abnehmende Leserschaft und den zunehmenden
83 ökonomischen Druck auf die Tageszeitungen, der oftmals die Streichungen
84 innerhalb der Lokalredaktionen oder Streichung von Berichterstattung zur Folge
85 hat. Über die Tageszeitungen läuft die meiste Berichterstattung über
86 Kommunalpolitik.

87 Uns ist es wichtig, dass möglichst viele Menschen über die Entscheidungen vor
88 Ort informiert sind. Deswegen setzen wir uns auf kommunalpolitischer Ebene dort,
89 wo die Lokalredaktionen nur noch eingeschränkt berichten können, für eine
90 Vollverteilung des Amtsblatts ein. Dieses soll über kommunalpolitische
91 Entscheidungen informieren und den Fraktionen Raum für die Darstellung ihrer
92 Arbeit und ihrer Meinung bieten, aber explizit keinen Zeitungscharakter haben.

93 **Schutz vor Hass und Hetze: Wir bleiben dran!**

94 Immer mehr Kommunalpolitiker*innen im Haupt- wie auch im Ehrenamt sehen sich
95 Angriffen ausgesetzt. Für ihren Schutz haben wir Grüne schon einiges erreicht.

96 Zukünftig steht auf den Wahllisten nicht mehr die volle Anschrift der
97 Kandidierenden. Zudem haben wir die bestehende Beratungsstelle für Betroffene im
98 Landeskriminalamt ausgebaut: neben einer polizeilichen und juristischen Beratung
99 erhalten jetzt auch Betroffene und ihr enger Familienkreis eine psychosoziale
100 Erstberatung. Diese soll helfen, die passende Unterstützung zu finden.

101 Mit dem Kabinettsbeschluss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ setzen wir im
102 Land ein klares Zeichen. Und unterstützen insbesondere auch unsere
103 Kommunalpolitiker*innen.

104 Wir werden weiter intensiv an diesem Thema arbeiten und insbesondere im engen
105 Austausch mit den Betroffenen weitere Bedarfe eruieren.

106 Daher fordern wir eine jährliche Sondersitzung des Kabinettsausschusses speziell
107 zum Thema „Hass und Hetze gegen Kommunale“. Gemeinsam mit betroffenen haupt- und
108 ehrenamtlichen Kommunalpolitiker*innen, den Kommunalen Landesverbänden,
109 Vertreter*innen der Landespolitik, der Polizei, sowie wissenschaftlicher
110 Expertise wollen wir an zusätzlichen Lösungsstrategien und Empowerment arbeiten.

Begründung

Erfolgt mündlich.